



Interview hinter Gittern

Guatemalas Expräsident Pérez beteuert gegenüber »nd« Unschuld. Seite 8

Foto: AFP/Johan Ordonez

Prekäre Integration

Sprachlehrer für Geflüchtete in Berlin fordern eine bessere Bezahlung. Seite 11

Delikt: Kommunismus

»Trumbo« erzählt von der Jagd auf linke US-Künstler. Seite 17

Foto: Paramount

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 10. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 59

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT Betonrissköpfe

Tom Strohschneider über die atomstrompolitische Unvernunft

Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann – ein Spruch, der seit Jahrzehnten auch von nuklearpolitischer Unvernunft demontiert wird. Nicht Harrisburg, nicht Tschernobyl und auch nicht Fukushima haben die Atomlobby und ihre Helfershelfer vom Kurs des leicht und gefährlich verdienten Geldes abbringen können: Betonköpfe, die rissige Schrott-Akw betreiben.

Aber Stopp: Gibt es nicht den Atomausstieg in Deutschland? Richtig, und man wird Angela Merkel vieles vorwerfen können, nicht aber diese Entscheidung. Nur zeigt sich am Beispiel auch trefflich: Ein Atomausstieg in einem oder ein paar Ländern kann nicht überzeugen. Wenn gleich hinter der Grenze französische und belgische Gefahren lauern; wenn in Osteuropa weiter auf die anachronistische Technologie gesetzt wird; wenn die EU-Kommission immer noch ein strahlendes Geschäftsmodell hätschelt, dessen Müll, Risiken und jahrzehntelange Subventionierung die Öffentlichkeit Abermilliarden kosten.

Der E.on-Chef, der wegen des Atomausstiegs gegen die »Enteignung« seines Konzerns klagt, erwartet in Karlsruhe »Gerechtigkeit«. Das ist etwas, das Steuerzahler, Anwohner von Atommülllagern und Opfer von Unfällen in der Logik derer, die Eigentumschutz nur als Profitförderung verstehen, nicht beanspruchen sollen. Gerecht wäre es, mit dem Atomstrom sofort Schluss zu machen: überall. Dafür ist es zwar immer schon zu spät, wie Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima bewiesen haben. Aber es wäre vernünftig. Und möglich. Auch, weil der Kopf rund ist ...

UNTEN LINKS

Es wird immer ungemütlicher in Deutschland. Und nichts spricht dafür, dass der Frühling daran etwas ändern wird. Im Gegenteil. Mit den ersten Sonnenstrahlen dringen die Rechtspopulisten in die Landesparlamente. Neben den Tulpen blühen Hass und Gewalt. Und das lang ersehnte Grün ist nicht nur im Südwesten von dunklen Flecken schwer definierbarer Farbe befallen. Für Gemüter, die angesichts dieser Verhältnisse zum Frösteln neigen, wird es Zeit, über das Auswandern nachzudenken. Schwierig würde die Emigration allerdings nicht nur durch den Gegenverkehr. Die Frage lautet: Wo soll man denn hin? Zu Trump nach Amerika? Zu Putin nach Russland? Nicht mal das ITB-Gastland kommt in Frage: Auf den Malediven, so liest man, herrscht ein Gewalt-Regime, und die Scharia ist Gesetz. Bleibt also nur der Mars? Oder die innere Emigration? Einstweilen muss man sich wohl an der kühlen Prognose wärmen, dass sich über 80 Prozent der Wähler gegen die AfD entscheiden. mha

Dauerhafter Störfall

Fünfter Jahrestag der Fukushima-Katastrophe: Mahnwachen in über 200 Städten



Foto: Reuters/Toru Hana

Berlin. Die Atomkatastrophe von Fukushima liegt fünf Jahre zurück, die Folgen werden in Japan noch künftige Generationen spüren. Das Ende der Risikotechnologie bedeutete auch dieser GAU nicht. Frankreich, Europas Atomland Nr. 1, kann sich noch nicht einmal vom maroden Altmeiler Fessenheim trennen, dessen Betreiber vor zwei Jahren einen schweren Störfall vertuschten. Auch Belgien kann sich nicht verabschieden und verlängerte 2015 die Laufzeiten für die Altmeiler Doel 1 und 2 sowie Tihange 1. Dagegen wollen die benachbarten Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen jetzt bei der EU und den

Vereinten Nationen Beschwerde einlegen. Nach einem Gutachten gebe es erhebliche rechtliche Verfehlungen bei der Laufzeitverlängerung, teilten beide Landesregierungen am Dienstagabend mit. Zudem entsprechen die beiden ältesten belgischen Atomreaktoren einem Bericht zufolge nicht den nach der Fukushima-Katastrophe eingeführten europäischen Vorgaben zur Erdbebensicherheit.

In Deutschland rechnet sich derweil der Energiekonzern E.on gute Chancen für seine Verfassungsklage gegen den Atomausstieg aus. »Ich erwarte Gerechtigkeit«, erklärte Vorstandschef Johannes Teyssen am Mittwoch in

Essen. In der kommenden Woche will das Bundesverfassungsgericht über die Klage der Stromkonzerne E.on, RWE und Vattenfall entscheiden.

»Der Konflikt um die Atomkraft ist noch nicht beendet«, sagt Armin Simon von der Anti-Atom-Organisation »ausgestrahlt«. »Fukushima mahnt, das Atomrisiko endlich abzuschalten – bevor es zum nächsten schweren Atomunfall kommt.« AtomkraftgegnerInnen haben deshalb zum 5. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima in mehr als 200 Städten Mahnwachen organisiert. had

Seiten 2, 3 und 9

Aus für Balkanroute, Katastrophe für Idomeni

Komplette Abriegelung des bisherigen Migrationswegs / Wien lobt »Allianz der Vernunft«

Einen Tag nach dem jüngsten EU-Flüchtlingsgipfel haben die Balkanländer die Route aus Griechenland nach Nordwesteuropa komplett abgeriegelt.

Brüssel. Die Regierungen von Slowenien, Serbien und haben mitgeteilt, dass nur noch Migranten eingelassen werden, die in den jeweiligen Ländern selbst Asyl beantragen. EU-Ratspräsident Donald Tusk erklärte: »Bei den irregulären Migrationsströmen entlang der Westbalkanroute ist das Ende erreicht.« Damit ist dieser Weg, über den 2015 mehr als eine Million Menschen nach Österreich und vor allem nach Deutschland gekommen waren, faktisch dicht. Das macht die Lage der Flüchtlinge in Griechenland immer dramatischer. Tausende sitzen derzeit bei Regen und Kälte allein in der Ortschaft Idomeni fest.

Aus dem EU-Parlament kam scharfe Kritik an dem Plan, sämtliche Neuankünfte aus Grie-

chenland in die Türkei abzuschicken. Sozialdemokraten, Grüne und Linke äußerten starke Bedenken wegen drohender Massenabschiebungen und der Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei. Konservative kritisierten die Gegenleistungen, die Ankara verlangt.

Ungarn hat unterdessen wegen der Schließung der Balkanroute landesweit den Krisenzustand ausgerufen. Innenminister Sándor Pintér begründete diesen Schritt am Mittwoch in Budapest damit, dass Slowenien, Kroatien und Serbien nur noch Personen mit gültigen Papieren und Visum einreisen lassen. Man wisse nicht, wie die illegal eingereisten Migranten, die sich bereits in diesen Ländern aufhielten, auf diese Entscheidung reagieren würden. Der Krisenzustand bedeutet mehr Rechte für die Polizei und dichtere Personenkontrollen. Ungarns Grenzen zu Serbien und Kroatien sind inzwischen mit Zäunen ab-

gesperrt. Diese Zäune werden aber seit Jahresanfang im Schnitt täglich von etwa 100 Migranten überwunden.

Bulgarien will verhindern, dass ein neuer Flüchtlingsweg durch sein Staatsgebiet entsteht. »Wir haben dieses Risiko erkannt und ergreifen alle Maßnahmen dagegen«, sagte Innenministerin Rumjana Batscharowa, die auch Vizebürgerchefin ist, dem Staatsfernsehen in Sofia am Mittwoch. Bulgarien verstärkte seine Möglichkeiten »organisatorisch und ressourcenmäßig«, diesen Versuchen vorzubeugen, betonte Batscharowa. Nach der Schließung der serbischen Grenzen habe sich die Situation in Bulgarien nicht verändert: Auch zuvor seien jeden Tag Migranten festgehalten worden, die in das westliche Nachbarland gelangen wollten.

Angesichts der weitgehenden Schließung der Balkanroute zieht Österreich viele Polizisten von seiner Südgrenze ab. Noch diese Wo-

che würden 200 aus anderen Bundesländern entsandte Beamte ihre Einsatzorte an der Grenze bis auf Weiteres wieder verlassen, so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Sie lobte Slowenien und Kroatien, die auch in Abstimmung mit Österreich handelten. »Diese Allianz der Vernunft hat bisher den entscheidenden Beitrag dazu geleistet, Stabilität und Ordnung für die Menschen in Europa zu wahren.« Agenturen/nd Seite 4

Heute auf Seite 10 Gesund leben

Hightech ohne Haftung – wie Hersteller von Medizinprodukten sich aus der Verantwortung stehlen und wie ein Gesetz das ändern will.

Hessen: AfD nicht ganz so erfolgreich

Rechtsruck fällt schwächer aus / EU-Fraktion droht mit Ausschluss

Wiesbaden. Nach der Kommunalwahl in Hessen hat die AfD aller Voraussicht nach in vielen Kommunen schwächer abgeschnitten, als bislang angenommen. Im nordhessischen Bad Karlshafen etwa schrumpfte der Stimmenanteil für die Rechtspartei von anfänglich 22 Prozent auf ein Endergebnis von 14 Prozent zusammen. In Städten wie Frankfurt am Main, Offenbach und Darmstadt rutschte die Partei klar unter die Zehn-Prozent-Marke – in Wiesbaden und Kassel blieb sie jedoch darüber. Auch nach drei Tagen stand am Mittwoch bei Redaktionsschluss das landesweite amtliche Endergebnis der hessischen Kommunalwahl aufgrund der komplizierten Auszählung noch immer nicht fest.

Ärger bekommt die Rechtspartei derweil im Europäischen Parlament. Wegen ihrer Äußerungen zu einem möglichen Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge wurden die AfD-Politiker Beatrix von Storch und Marcus Pretzell von der Spitze ihrer EKR-Fraktion im EU-Parlament zum Austritt aufgefordert. nd Seite 6

Frauen protestieren in der Türkei

Lautstarke Antwort auf Erdogan-Rede

Ankara. Türkische Medien berichten übereinstimmend, dass das Land in den zurückliegenden Tagen die größten Demonstrationen zum Frauentag seit vielen Jahren gesehen hat. Zuvor hatte es Einschüchterungsversuche bis hin zu Verboten durch die örtlichen Behörden gegeben mit dem Ziel, Manifestationen zu diesem Anlass in der Türkei kleinzuhalten oder ganz zu unterbinden. Aufgegangen ist diese Politik nicht. In der Kurdenmetropole Diyarbakir gingen Frauen am Mittwochabend in traditionellen Trachten für kurdische Selbstbestimmung auf die Straße, in Istanbul und anderen Großstädten dominierten soziale Forderungen. »Stopp die männliche und staatliche Gewalt« stand auf einem Banner in der Istanbuler Istiklal-Straße.

Der Protest hatte durch einen Fernsehauftritt von Recep Tayyip Erdogan am Nachmittag zusätzliche Nahrung erhalten. Der Staatspräsident hatte dabei Frauen erneut auf ihre Mutterrolle reduziert. Berufstätige Frauen würden im Kapitalismus versklavt, erklärte Erdogan. roe Seite 7

Flughafen-Zeitplan gerät ins Wanken

Neue Nachforderungen für Umbau der Entrauchungsanlage am BER

Berlin. Weitere Verzögerungen im Genehmigungsverfahren für die Entrauchungsanlage des BER-Terminals könnten die geplante Eröffnung des Hauptstadtflughafens im Herbst 2017 gefährden. Auf diese Möglichkeit haben am Mittwoch verschiedene Medien verwiesen, nachdem ein Schreiben des zuständigen Bauordnungsamtes Dahme-Spreewald an die Flughafengesellschaft FBB bekannt geworden war. Wie Flughafensprecher Daniel Abbou dem »nd« bestätigte, hat die Behörde vom Flughafen »weitere Nachweise, Planungen und Bauvorlagen« zum derzeit laufenden Genehmigungsverfahren für den notwendigen Umbau der Entrauchungsanlage angefordert. Das Verfahren war bereits mit mehrwöchiger Verspätung gestartet worden. Dahme-Spreewald-Landrat Stephan Loge (SPD) hofft, die Probleme »baubegleitend« zu lösen, um Verzögerung zu minimieren. Die Eröffnung zum geplanten Zeitpunkt sei trotzdem möglich. Auch Brandenburgs Infrastrukturministerium sieht den Termin nicht in Gefahr. tm

Seiten 11 und 12

ISSN 0323-3375



4 198662 501709